

Nahost- und Mittelmeerpolitik

Almut Möller

Die Nahost- und Mittelmeerpolitik war im letzten Jahr ein nachrangiges Thema für die Europäische Union. Seit Herbst 2009 konzentrierte sich die Union auf den institutionellen Neubeginn – das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon und die Neubesetzung der EU-Kommission – sowie auf die Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise, die mit der griechischen Schuldenkrise im Frühjahr 2010 auch die Eurozone erreichte. Spanien, unter den EU-Mitgliedern eigentlich ein wichtiger Impulsgeber in der Mittelmeerpolitik, vermochte es nicht, im Rahmen seiner Ratspräsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 2010 Akzente zu setzen.

Eine umfangreiche Evaluation von fünfzehn Jahren EU-Mittelmeerpolitik, die die Kommission in Auftrag gegeben hatte, kam im Mai 2010 zu gemischten, gemessen an den Erwartungen früherer Jahre jedoch enttäuschenden Ergebnissen.¹ Der für Juni 2010 angesetzte turnusmäßige Gipfel im Rahmen der 2008 begründeten Union für das Mittelmeer wurde von der französischen und ägyptischen Co-Präsidentschaft abgesagt.² Als Projekt des Neuanfangs für die Mittelmeerpolitik gedacht, bleibt die Mittelmeerunion bisher weitgehend unsichtbar.

Eine Wiederaufnahme von Verhandlungen zwischen der israelischen Regierung unter Benjamin Netanjahu und Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas zur Umsetzung der Zwei-Staaten-Lösung – einem erklärten außenpolitischen Ziel der Europäischen Union – konnte bis zum Sommer 2010 nicht erreicht werden.

Die Europäische Union verhängte zwar noch im Juli 2010 weitere Sanktionen gegen den Iran, die weiter gehen als die bisher verabschiedeten Maßnahmen der Vereinten Nationen.³ Teheran konnte dadurch aber bisher nicht zur Kooperation in der Nuklearfrage bewegt werden.⁴

Zwar bringt der Vertrag von Lissabon eine Reihe von Neuerungen im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die sich unter anderem positiv auf die Politik in der direkten Nachbarschaft der Union auswirken sollen. Die Hohe Beauftragte Catherine Ashton nahm ihre Arbeit mit neuen Befugnissen auf und begann mit dem Aufbau des Europäischen Auswärtigen Dienstes. Dabei wurden die institutionell-bürokratischen Fragen jedoch bisher zu wenig mit der Inhaltsebene der europäischen Mittelmeer- und Nahostpolitik verknüpft. Es gibt derzeit keine ernsthaften Initiativen, um die strategischen Schwächen dieser Politiken abzubauen.

1 European Institute of the Mediterranean: Euromed Survey of Experts and Actors. Assessment of the Euro-Mediterranean Partnership: Perception and Realities, Barcelona 2010.

2 Zu den Gründen vgl. Rosa Balfour: Euro-Mediterranean Blues, EPC Commentary, 8. Juni 2010.

3 Council Conclusions on Iran's Nuclear Programme, 3029th Foreign Affairs Council Meeting, Brussels, 23. Juli 2010; vgl. auch Leigh Phillips: EU Iran Sanctions „Most Far-Reaching Ever Agreed“, in: EUobserver, 23. Juli 2010, <http://euobserver.com/24/30534>.

4 Siehe dazu kritisch Walter Posch: Die Sanktionsspirale dreht sich: Europäische Iranpolitik auf dem Prüfstand, SWP-Aktuell 26, Berlin 2010.

Union für das Mittelmeer und Europäische Nachbarschaftspolitik

Auch fünfzehn Jahre nach seiner Gründung bleibt der Barcelona-Prozess (seit 2008 „Barcelona-Prozess: Union für das Mittelmeer“) deutlich hinter den Erwartungen zurück.⁵ Die EU-Mittelmeerpartnerschaft war 1995 in der optimistischen Stimmung nach den Osloer Verträgen entwickelt worden, um den Austausch mit den Ländern des südlichen Mittelmeerraums zu stärken und die europäische Nachbarregion zu stabilisieren. Die EU legte damals besonderen Wert darauf, in drei „Körben“ – Sicherheit, Wirtschaft, Soziales und Kultur – und multilateral zu kooperieren. So sollte eine stärkere Vernetzung der Mittelmeerländer untereinander gefördert werden.

Bereits zehn Jahre nach Gründung der Euro-mediterranen Partnerschaft war die Bilanz der Ergebnisse mager ausgefallen.⁶ Die EU-Mittelmeerpolitik benötigte dringend einen neuen politischen Impuls. Der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy nutzte im Rahmen seiner EU-Präsidentschaft 2008 die Chance zur Profilierung. Medienwirksam inszenierte er am 13. Juli 2008 einen Mittelmeergipfel in Paris, zu dem mehr als 40 Staats- und Regierungschefs anreisten. Auf diesem Gipfel wurde feierlich eine „Mittelmeerunion“ unter dem sperrigen, aber bewusst in Anknüpfung an den Barcelona-Prozess gewählten Titel „Barcelona Prozess: Union für das Mittelmeer“⁷ gegründet. Im November 2008 beschlossen die Außenminister die institutionellen Details der Mittelmeerunion⁸ und auf dem EU-Gipfel am 11./12. Dezember 2008 wurden diese schließlich von den EU-Staats- und Regierungschefs angenommen.⁹

Die Riege der Teilnehmer wurde gegenüber der bisherigen Mittelmeerpolitik ausgeweitet und umfasst nun unter anderem auch Länder des Westlichen Balkans, die eine Beitrittsperspektive zur Europäischen Union haben. Der Mittelmeerunion gehören heute die 27 EU-Mitglieder, die Europäische Kommission sowie Albanien, Algerien, Ägypten, Bosnien-Herzegowina, Israel, Jordanien, Kroatien, den Libanon, Libyen¹⁰, Mauretanien, Marokko, Monaco, Montenegro, die besetzten Palästinensergebiete, Syrien, Tunesien und die Türkei an, insgesamt also 45 Mitglieder. Die Arabische Liga hat einen Beobachterstatus. Seit 2008 führen Sarkozy und der ägyptische Präsident Hosni Mubarak gemeinsam den Vorsitz.

Im Mittelpunkt der Union sollte, so die Idee, eine Zusammenarbeit an konkreten Projekten in den Bereichen Schutz des Mittelmeers, Verkehrsnetze zu Land und zu Wasser, Umweltschutz und regenerative Energien, Bildung und Forschung sowie die Förderung klein- und mittelständischer Unternehmen stehen. Ein Sekretariat sollte die Arbeiten unterstützen.

Es hat allerdings fast zwei Jahre gedauert, bis das Sekretariat schließlich seine Arbeit aufnehmen konnte. Der israelische Angriff auf Gaza Ende 2008 legte die Mittelmeerunion schon kurz nach ihrer Gründung politisch lahm und Entscheidungen über Sitz und Personal zogen sich in die Länge.¹¹ Erst am 4. März 2010 wurde das Sekretariat in Barcelona eröff-

5 Ebenda.

6 Vgl. die Bilanzen zur Nahost- und Mittelmeerpolitik in früheren Jahrgängen des Jahrbuchs der Europäischen Integration.

7 Joint Declaration of the Paris Summit for the Mediterranean, Paris, 13. Juli 2008.

8 Partenariat EUROMED: Final Declaration, Marseille, 3-4 November 2008, 279/08, 4. November 2008.

9 Tagung des Europäischen Rates vom 11./12. Dezember in Brüssel, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 17271/08, CONCL 5, 12. Dezember 2008.

10 Wie schon im Barcelona-Prozess nimmt Libyen lediglich eine Beobachterrolle ein.

net und der jordanische Diplomat Ahmed Massadeh trat sein Amt als Generalsekretär der Mittelmeerunion an.

Aber nicht nur die politischen Konstellationen im Nahen Osten erschweren die Zusammenarbeit in der Mittelmeerunion. Es fehlt insgesamt an politischer Unterstützung. An der Liste der Mitglieder der Mittelmeerunion ist abzulesen, dass es sich um sehr unterschiedliche Länder handelt – sowohl hinsichtlich ihrer politischen und wirtschaftlichen Systeme als auch hinsichtlich ihrer aktuellen oder angestrebten Beziehungen zur Europäischen Union. Die Mittelmeerunion umfasst Mitglieder, die lediglich einen Beobachterstatus haben (wie Libyen) und Länder, die keine Beitrittsperspektive haben, aber auch die Türkei und den Westlichen Balkan, die Aussicht auf eine EU-Mitgliedschaft haben. Ist es überhaupt möglich, so unterschiedliche Länder gemeinsam mit den 27 EU-Mitgliedern unter einen Hut zu bringen? Hinzu kommen die unterschiedlichen regionalen Interessen der EU-Mitgliedsländer. So lud die auf die französische Präsidentschaft folgende tschechische EU-Präsidentschaft ein knappes Jahr nach dem Pariser Mittelmeerunions-Gipfel am 7. Mai 2009 zum „Ost-Gipfel“ nach Prag, wo eine neue „Östliche Partnerschaft“ mit sechs ehemaligen Sowjetrepubliken begründet wurde.

Darüber hinaus überlappt sich die Mittelmeerunion mit der südlichen Dimension der Europäischen Nachbarschaftspolitik, an der Ägypten, Algerien, die besetzten Palästinensergebiete, Israel, Jordanien, der Libanon, Libyen, Marokko, Syrien und Tunesien, allesamt Länder ohne EU-Beitrittsperspektive, teilnehmen. Die im Zuge der Erweiterungsrounden 2004 entwickelte Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) hat im Vergleich zum Barcelona-Prozess einen stärker bilateralen Ansatz mit spezifisch auf jedes Land zugeschnittenen Nationalen Aktionsplänen und Fortschrittsberichten. Die ENP ist zwar noch jung, aber erste Bilanzen fielen bisher verhalten aus, auch wenn die Ergebnisse der ENP länderspezifisch unterschiedlich sind¹². „Die ENP hat die Beziehungen zwischen der EU und ihren Nachbarn nachhaltig verändert. (...) Jedoch bleibt noch viel zu tun, wenn die Ziele der ENP – Stabilität, Sicherheit und Wohlstand für alle – verwirklicht werden sollen“, so die EU-Kommission in einer Mitteilung vom 12. Mai 2010.¹³

Positiv formuliert versucht die EU in einer Art „Versuchslabor“, die besten Konzepte für die Beziehungen zu ihren Nachbarn zu entwickeln und setzt daher momentan auf eine Mischform verschiedener Instrumente. Auf der Negativseite lässt sich jedoch verbuchen, dass die Außenpolitik der EU gegenüber ihren Nachbarn damit unübersichtlich und unsystematisch geworden ist – nicht nur für die EU selbst, sondern vor allem für die Partnerländer.¹⁴ Dies ist sicher einer der Gründe für den bisher mäßigen Erfolg der Zusammenarbeit.

Erste Akzente der neuen Hohen Beauftragten in Nahost

Die hohen Erwartungen der Europäer an die Nahostpolitik von US-Präsident Barack Obama¹⁵ haben sich bis Mitte 2010 nicht erfüllt. Zwar setzten die USA und auch die Euro-

11 Vgl. Claire Demesmay/Katrin Sold: Gute Idee, schlechte Umsetzung – Zwei Jahre Union für das Mittelmeer, DGAPStandpunkt N° 9, Berlin, Juli 2010.

12 Die spezifischen Fortschrittsberichte (Stand 2010) finden sich unter http://ec.europa.eu/world/enp/documents_en.htm#3.

13 Die Europäische Nachbarschaftspolitik – eine Bestandsaufnahme. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat, KOM(2010) 207, Brüssel, 12. Mai 2010.

14 Vgl. dazu Almut Möller: Die Entstehungsgeschichte und Strukturen der Mittelmeerunion: Gradmesser für europäische Debatten zur Nachbarschafts-, Mittelmeer- und Nahostpolitik, in: Olaf Leifé (Hrsg.): Die Europäische Union nach dem Vertrag von Lissabon, Wiesbaden 2010, S. 371-381.

päische Union ihre Bemühungen um eine Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern im vergangenen Jahr fort. Diese gehen jedoch bis jetzt nicht über indirekte Verhandlungen, moderiert durch den US-Gesandten George Mitchell, hinaus. Auf wachsende Kritik der USA und der EU an der Siedlungspolitik folgte eine öffentliche Brückierung des US-Vizepräsidenten: Während eines Besuchs von Joseph Biden in Israel im März 2010 verkündete ein Mitglied der Regierung Netanjahu neue Pläne zum Siedlungsbau. Dieser Vorfall zeigt nicht nur, wie schwierig und aufgeladen das Thema Siedlungen für die israelische Seite ist, sondern auch, was für die USA auf dem Spiel steht. Präsident Obama wird es sich nicht unbegrenzt leisten können, politische Initiativen anzustoßen, die dann nicht von Erfolg gekrönt sind. Die Europäische Union hat hier weniger zu verlieren, da sie ohnehin als Juniorpartner gilt – möglicherweise bieten sich hier Chancen für politische Initiativen zur Unterstützung der USA.

Weiterhin konzentrieren sich die Europäische Union und ihre Mitgliedsländer auf die Konsolidierung der Wirtschaft und der Sicherheitslage im Westjordanland. Bei der Ausbildung und Ausrüstung von palästinensischen Sicherheitskräften arbeiten die Europäer eng mit den USA zusammen. Die Polizeimission EUPOL COPPS, die im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) stattfindet, weist in diesem Zusammenhang in die richtige Richtung, auch wenn sie immer wieder mit Problemen konfrontiert ist. Insgesamt ist sie erfolgreicher als die Mission EUBAM am Grenzübergang Rafah zum Gazastreifen, die seit Jahren suspendiert ist.¹⁶ Die Europäische Union hat jedoch angeboten, die Mission fortzuführen, wenn sich die politische Lage verändert, und könnte die Grenzmission dazu kurzfristig reaktivieren.

Die europäischen Institutionen gewinnen politisch an Profil. So unternahm die für ihre außenpolitische Unerfahrenheit vielfach kritisierte Hohe Beauftragte Catherine Ashton eine ihrer ersten Auslandsreisen im Frühjahr 2010 in den Nahen Osten, besuchte Ägypten¹⁷, Syrien, den Libanon, Jordanien und die Palästinensergebiete und unterstrich damit den regionalen Friedensansatz der EU. Sie traf sich mit Vertretern von EUBAM und EUPOL COPPS und die israelischen Behörden erteilten ihr eine der seltenen Genehmigungen für den Besuch des Gazastreifens. Ihre Nahostreise vom 14.-18. März 2010 stimmte sie mit einem der wichtigeren Treffen des Nahost-Quartetts ab, zu dem sie am 19. März 2010 nach Moskau¹⁸ weiterreiste. Palästinenserpräsident Abbas machte seine Bereitschaft zum Übergang zu direkten Verhandlungen von einer Zustimmung Israels zum Statement des Quartetts vom 19. März abhängig, so Catherine Ashton in einem Schreiben an die EU-Außenminister im August 2010.¹⁹ Mit dieser Bezugnahme auf das Quartett-Format unterstreicht die Hohe Beauftragte die Überzeugung der Europäischen Union, dass das Quartett der legitime und inklusive Rahmen für einen künftigen Friedensprozess zwischen Israel

15 Vgl. Almut Möller: Perspectives of Israeli-Arab Peace Under the New U.S. Administration, in: ORIENT II/2009, S. 47-55.

16 Siehe dazu Muriel Asseburg: Die ESVP-Missionen in den palästinensischen Gebieten (EUPOL COPPS, EUBAM Rafah): Frieden durch Sicherheit?, in: Muriel Asseburg/Ronja Kempin (Hrsg.): Die EU als strategischer Akteur in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik? Eine systematische Bestandsaufnahme von ESVP-Missionen und -Operationen, SWP Studie S32, Berlin 2009, S. 92-109.

17 „A Commitment to Peace – the European Union and the Middle East“, Speech by HR Catherine Ashton, at the Arab League of States, Cairo, 15. März 2010.

18 Vgl. das vergleichbar ausführliche und klare Statement des Nahost-Quartetts vom 19. März 2010.

19 Leigh Phillips: Palestinian Authority Ready for Peace Talks, Ashton Says, in: EUobserver, 13. August 2010, <http://euobserver.com/9/30619>.

und den Palästinensern sein müsse. Dies ist auch als Reaktion auf Präsident Obamas Ansatz zu sehen, der die indirekten Gespräche bisher weitgehend außerhalb des Quartetts laufen lässt. Damit hat die Hohe Beauftragte erste Akzente gesetzt.

Schließlich sorgte die Annahme des Goldstone Reports durch das Europäische Parlament für internationale Aufmerksamkeit.²⁰ Die Meinungen im Europäischen Parlament waren in dieser Frage allerdings deutlich geteilt, was sich auch in der Kontroverse um den Besuch einer EP-Delegation nach Israel und in die Palästinensergebiete zeigte, aus der sich der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Gabriele Albertini, schließlich zurückzog.²¹

Die Rolle des Beitrittskandidaten Türkei

Die Beitrittsperspektive der Türkei lässt den Nahen Osten geographisch noch näher an die EU heranrücken. Mit einem EU-Mitglied Türkei hätte die Union direkte Grenzen mit dem Iran, dem Irak und Syrien. Das wachsende außenpolitische Selbstbewusstsein der Türkei im Nahen Osten und gegenüber dem Iran wird zwar in der Europäischen Union durchaus diskutiert. Auch die Forderung der türkischen Regierung nach Aufklärung des israelischen Angriffs auf die Gaza-Flotille in internationalen Gewässern, bei der türkische Staatsbürger ums Leben kamen, wurde von der Europäischen Union unterstützt.²² Allerdings ist überraschend, wie wenig die Türkei in den Debatten bisher als künftiges EU-Mitglied und damit Partner gesehen wird. Dies mag darauf zurückzuführen sein, dass zahlreiche europäische Regierungen inzwischen zurückhaltend gegenüber einem Beitritt der Türkei sind. Strategisch gesehen ist dies jedoch ein Fehler. Für die Nahostpolitik der Union wäre es ein Gewinn, stärker den Austausch mit der Türkei zu suchen – sei es etwa zum Thema Iran, Hamas oder Syrien, allesamt Akteure, die entscheidende Unterstützer oder Verhinderer eines Friedens in Nahost sein können.

Perspektiven der europäischen Nahost- und Mittelmeerpolitik

Zwar bekennt sich die Europäische Union weiter zu einer aktiven Politik gegenüber ihrer Nachbarregion und hat mit dem Vertrag von Lissabon neue außenpolitische Instrumente geschaffen. Allerdings kann sie bisher nur begrenzte Erfolge ihrer Politiken verbuchen.

In Israel und Palästina hat sich die Lage noch nicht zum Positiven gewendet. Zwar führen beide Parteien unter der Vermittlung der USA inzwischen indirekte Gespräche. Es ist aber offen, ob diese in direkte Friedensverhandlungen münden, für die sich auch die Hohe Beauftragte inzwischen wiederholt eingesetzt hat. Hier ist der politische Einfluss der Europäischen Union begrenzt, ihr Beitrag zur Stabilisierung der Palästinensergebiete aber sinnvoll.

Was das Projekt der Mittelmeerunion angeht, so ist es bis jetzt eine Enttäuschung. In die Schlagzeilen schaffen es derzeit eher Vorhaben der Wirtschaft wie das Solarstromprojekt „Desertec“ oder „Transgreen“, eine französische Initiative für den Bau eines Stromnetzes unter dem Mittelmeer. Der in der Mittelmeerunion unterstrichene Ansatz einer „projektbezogenen“ Zusammenarbeit hat jedoch grundsätzlich Aussicht auf Erfolg, da er Anreize für beide Seiten – die EU-Mitglieder und ihre Partnerländer – schaffen könnte. Die

20 Leigh Phillips: Despite Heavy Lobbying, EU Parliament Endorses Goldstone Report, in: EUobserver, 10. März 2010.

21 „European Parliament’s Gaza Visit Angers Israel“, in: EurActiv, 26. Mai 2010, <http://www.euractiv.com/en/european-parliament-gaza-visit-angers-israel-news-494534>.

22 Statement by the Spokesperson of HR Catherine Ashton in Support of U.N. International Gaza Flotilla Probe, Brussels, 3. August 2010.

bisher politischen Veränderungen gegenüber weit gehend resistenten Führungen in der Region könnten sich für eine stärkere Zusammenarbeit im Bereich von Energie-, Infrastruktur- und Bildungsprojekten kooperationswilliger zeigen. Die Europäische Union wird sich allerdings die Frage gefallen lassen müssen, welchen Stellenwert Demokratie und Menschenrechte in ihrer Außenpolitik gegenüber dem Nahen und Mittleren Osten in Zukunft einnehmen werden.

Grundsätzlich ist die Nahost- und Mittelmeerpoleitik der Union noch unausgereift. Ist der Instrumentenkasten der EU nicht zu vielfältig? Werden geographisch die richtigen Schwerpunkte gesetzt, wenn die Bedeutung der Golfregion wirtschaftlich und sicherheitspolitisch zunimmt,²³ die Union hier aber bisher wenig vorweisen kann? Wie lange ist die Zwei-Staaten-Lösung angesichts der Siedlungspolitik überhaupt noch umsetzbar? Welche Schlüsse müssen die Europäer für sich ziehen, wenn die Perspektive eines nuklearen Iran immer greifbarer wird?

Es wäre ein wichtiges Projekt für die Zukunft, eine strategische Debatte zur Nachbarregion Nahost führen. Die Entwicklungen im Iran und ihre regionalen und internationalen Auswirkungen, die die Golfregion immer stärker in den Fokus rücken lassen, der außenpolitische Ehrgeiz des EU-Beitrittskandidaten Türkei, der wachsende wirtschaftliche und politische Einfluss der Länder des Golfkooperationsrates in den arabischen Staaten des Mittelmeerraums²⁴, der drohende Zerfall von Staaten, der Umgang mit Kräften des politischen Islam, illegale Migration angesichts wachsender junger Bevölkerungsanteile mit fehlender Perspektive und schließlich die strategische Nutzung der neuen außenpolitischen Instrumente des Vertrags von Lissabon, allen voran des neuen Auswärtigen Dienstes, im Nahen Osten: all diese Fragen erfordern Antworten der Europäischen Union, die über eine reaktive und pragmatische Politik hinaus gehen müssen. Die Union braucht eine Strategie für den Mittelmeerraum und die Nahostregion, die auch die Entwicklungen in der Golfregion aufnimmt und die die Instrumente der europäischen Nachbarschafts- und Mittelmeer- sowie der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik stärker aufeinander abstimmt.

Weiterführende Literatur

- Roberto Aliboni/Fouad M. Ammor: Under the Shadow of "Barcelona": From the EMP to the Union for the Mediterranean, EuroMeSCo Papers 77, Lissabon 2009.
- Muriel Asseburg/Paul Salem: No Euro-Mediterranean Community without Peace, 10 Papers for Barcelona 2010, Nummer 1, Paris, September 2009.
- European Institute of the Mediterranean: Euromed Survey of Experts and Actors. Assessment of the Euro-Mediterranean Partnership: Perception and Realities, Barcelona 2010.
- Almut Möller: Der Nahe und Mittlere Osten: Entwicklungsperspektiven und außenpolitische Herausforderungen für die Europäische Union, in: Franco Algieri/Arnold Kammel (Hrsg.): Strukturen globaler Akteure. Eine Analyse ausgewählter Staaten, Regionen und der EU, Baden-Baden 2010, S. 109-119.
- Patrick Müller: Die EU, die Hamas und die Krise im israelisch-palästinensischen Friedensprozess: eine kritische Bilanz der europäischen Politik und Empfehlungen für einen Neuanfang, SWP-Studie S8, Berlin 2009.
- Tobias Schumacher: Transatlantic Cooperation in the Middle East and North Africa and the Growing Role of the Gulf States, GMF Mediterranean Paper Series, Washington 2010.

23 Siehe etwa Michael Bauer/Christian-Peter Hanelt/Christian Koch: The EU-GCC Partnership: Security and Policy Challenges, Policy Brief des Al-Jisr Project on EU-GCC Public Diplomacy and Outreach, Dubai 2010.

24 Siehe dazu die Studie von Tobias Schumacher: Transatlantic Cooperation in the Middle East and North Africa and the Growing Role of the Gulf States, GMF Mediterranean Paper Series, Washington 2010.